

Milliarden für die Medien

von

Heiner Flassbeck

Rheinischer Merkur, 19. 01. 2006

Die Bundesregierung hat Anfang des Jahres beschlossen, die deutsche Konjunktur mit einem, wie die deutschen Medien einhellig verkünden, „Milliardenprogramm“ anzuregen. Dieses Milliardenprogramm ist mal wieder ein schönes Beispiel dafür, wie die Politik die Themen besetzt, der Sachverstand schweigt und die Öffentlichkeit sich selbst an der Nase herum führt.

Schon der Begriff ist Teil des Irreführungsprogramms. Sind die 25 Milliarden Euro, um die es hier geht, viel oder wenig? Das hängt offenbar von dem Zeitraum ab, in dem das Geld ausgegeben wird. 25 Milliarden über vier Jahre plant die Regierung, das sind folglich gute sechs Milliarden pro Jahr. Sechs Milliarden pro Jahr sind bei einem Bruttoinlandsprodukt von 2300 Milliarden pro Jahr gerade einmal 0,25 %.

Selbst diese 0,25 Prozent Mehrausgaben des Staates regen die Konjunktur aber keinesfalls automatisch an. Woher nimmt der deutsche Staat das Geld? Finanzierte er die sechs Milliarden über Steuererhöhungen, müssten wir dann nicht einwenden, dass man erst die dämpfenden Wirkungen der höheren Steuern auf die privaten Ausgaben inklusive der Investitionen gegen rechnen muss, bevor man von einer Anregung für die Konjunktur sprechen kann. Wie viel bliebe dann von den 0,25 % übrig?

Auch wenn der Staat seine Ausgaben an anderer Stelle kürzt, um das „Milliardenprogramm“ zu finanzieren, hat das negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Kürzt er die Rente, die Beamtengehälter oder die Unterstützung für die Arbeitslosen, werden die betroffenen Haushalte weniger für Konsumgüter ausgeben, die Umsätze und Gewinne der Unternehmen sinken und die Wirkung der staatlichen Anregung verpufft.

Ein wenig anders wäre die Sachlage nur, wenn der Staat sich tatsächlich netto, also in Höhe der sechs Milliarden pro Jahr zusätzlich am Kapitalmarkt verschuldete, das heißt, genau um sechs Milliarden mehr neue Schulden machte als im Vorjahr. Dann könnte man in der heutigen Situation mit einiger Berechtigung sagen, der Staat nutze die schwache private Nachfrage nach Krediten, um seinerseits mehr zu investieren. In dem Fall verdrängt der Staat die privaten Investoren mit seiner Kapitalnachfrage nicht. Der Staat macht dann nichts anderes als dafür zu sorgen, dass die Hoffnung der privaten Haushalte, mit dem zur Bank getragenen Geld eine vernünftige und sichere Rendite zu erwirtschaften, nicht trügt.

Wer also nicht sagt, was sonst noch passiert, sollte aufhören, über das Milliardenprogramm zu schwadronieren. Alle beschlossenen budgetpolitischen Entscheidungen der neuen Regierung sprechen dafür, dass das ominöse Milliardenprogramm in seiner Wirkung von Kürzungen an anderen Stellen im Staatshaushalt mehr als ausgeglichen wird. Die sechs Milliarden sind in ihrer Wirkung auf die schwache Konjunktur genauso zu beurteilen wie das Niedrigwasser der Mosel für das Niedrigwasser des Rheins: Wenn es sie nicht gäbe, wäre es noch schlechter, verbessern können sie aber nichts.